Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 592. Halle, Donnerstag, den 18. Dezember 1919. Einzelpreis 15 Pfg.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 18. Dez. 133. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Interpellationen Arnstadt, betreffend

Wirtschafts- und Steuerpolitik,

sowie das unerläßliche und ungeheure Steigen aller Preise und betreffend die Ein- und Ausfuhr.

Minister Erzberger erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen morgen zu beantworten.

Abg. Trimborn (Ztr.): Ich bitte das hohe Haus, schon jetzt entscheiden zu lassen, ob und wann diese Interpellationen verhandelt werden sollen. Eine ruhige, sachliche und gründliche Erörterung ist bei der Geschäftslage des Hauses unmöglich. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn Sie angesichts der Behandlung des Betriebsrätegesetzes auf dieser Beratung bestehen.

Abg. Löbe (Soz.) wünscht ebenfalls eine Entscheidung darüber, ob morgen und übermorgen verhandelt werden soll. Es ist eine Illoyalität der Rechten, diese Interpellationen jetzt einzubringen, welche die schwersten Angriffe auf die Regierung enthalten. (Lärm rechts.) Es ist ein Ueberfall. Sie haben

mit den Interpellationen im Hinterhalt

gelegen. (Widerspruch und Lärm rechts, Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Die eingegangenen Interpellationen widersprechen allen Verabredungen. Wir müssen aber morgen verhandeln.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Wir haben von einem der wenigen schmalen Rechte der Opposition Gebrauch gemacht, indem wir die Interpellation einbrachten. Wir bitten darum, daß wir morgen die Interpellation begründen. (Beifall rechts.) Den Vorwurf der Illoyalität weisen wir aufs schärfste zurück.

Abg. Dr. Heinze (D. Vpt.): Wir handeln nicht illoyal. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Die Interpellationen sind erst in den letzten Tagen entstanden aus der Unruhe und dem Sturm der Entrüstung, der sich im Lande gegen die Politik der Regierung bemerkbar gemacht hat. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Das Betriebsrätegesetz hat noch Zeit. (Lärm und Gelächter bei der Mehrheit.)

Bei der Abstimmung ergibt sich eine Mehrheit dafür, daß die Interpellationen morgen verhandelt werden sollen.

Die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Braß wegen Beleidigung wird verweigert.

Der

Gesetzentwurf gegen das Glücksspiel

wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Der Notenwechsel zwischen Deutschland und den a. und a. Mächten und das am 22. September in Versailles unterzeichnete Protokoll über Artikel 61 der Verfassung wird in allen drei Lesungen erledigt.

Das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizität wird in dritter Lesung angenommen.

Ein Nachtrag zum Etat für 1919 wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung des Umsatzsteuergesetzes.

Das Gesetz wird ohne lange Debatte angenommen.

Präsident Fehrenbach: Alle Parteien des Hauses sind darin einig, daß wir nicht in die Ferien gehen wollen, ohne eine Kundgebung für unsere Gefangenen. (Alle Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) Die Nationalversammlung nimmt mit tiefem Schmerz Kenntnis davon, daß fast eine halbe Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft harret. Der größte Teil wird in Frankreich zurückgehalten, aber auch England hat noch nicht alle herausgegeben. Deutschland hat alle seine Gefangenen zurückgeschickt, die zurückgebliebenen Russen nur nicht, weil es unmöglich war. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen, sowie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt zu Weihnachten in besonders tiefer Sehnsucht ihrer fernen Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen mit heißem Danke für ihre bisherige Tätigkeit. Sie wendet sich

an die Frauen und Männer

in den bisher feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, daß sie heute ihre Stimmen geben zu dem Ruf: Schafft den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter, den gebeugten Eltern ihre Söhne wieder! (Bravo!)

Das Wort zu dieser Kundgebung wird nicht gewünscht.

Sie haben sich zu Ehren unserer Gefangenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen und stelle die einmütige Annahme dieser Entschließung durch die Nationalversammlung fest. (Beifall.)

Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr: Anfragen. Die zwei Interpellationen Arnstadt.

Schluß gegen 12 Uhr.

Für die Befreiung unserer Gefangenen.

WTB. Berlin, 17. Dezember. Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen, der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangenen haben an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf folgendes Telegramm gerichtet:

Das bevorstehende Weihnachtsfest wendet wieder einmal die Herzen der Menschheit dem Schicksal derjenigen zu, die noch in der Gefangenschaft sich nach Freiheit, Heimat und Familie zurücksehnen.

Namens der Angehörigen-Verbände und der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener richten wir an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf die herzliche Bitte, für die Befreiung derjenigen Gefangenen weiter wirken zu wollen, die noch immer hinter dem Stacheldraht zurückgehalten werden.

In seiner Antwortnote vom 15. November 1919 hat sich Deutschland zu neuen schweren Opfern bereit erklärt, um das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages zu ermöglichen.

Dieses weite Entgegenkommen räumt das letzte wirkliche Hindernis aus dem Wege, das nach Auffassung der Entente der Heimschaffung noch entgegenstand. Jetzt kann es sich nur noch um Vereinbarungen über Einzelheiten, um letzte Formalitäten handeln, die kein Grund für die weitere Zurückhaltung der Gefangenen sein können.

Wir bitten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das so unendlich viel zur Linderung der Kriegsleiden getan hat, in diesem Augenblick seine Stimme zu erheben, damit unsere Gegner jetzt die Gefangenenlager öffnen.

Für die Kriegsgefangenen und ihre Familie wäre es die schönste Weihnachtsgabe, wenn ihnen die Kunde würde, daß das Ende ihrer Leiden gekommen ist.

Ein deutsches Luftschiff in Bessarabien gelandet.

Wien, 18. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus Washington soll bei Chotin in Bessarabien ein deutsches Luftschiff durch Maschinenbeschädigung zur Landung gezwungen worden sein. Rumänische Truppen nahmen die Mannschaft gefangen und entdeckten eine Druckereimaschine an Bord, um Banknoten zu drucken, ferner 260 Millionen Rubel für die Unterstützung bolschewistischer Truppen in der Ukraine und viele tausende von Edelsteinen aller Art.

Angebliche Vermögensschiebungen in Zwickau.

Dresden, 18. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) In der sächsischen Kammer richtete der unabhängige Abgeordnete Dressel schwere Beschuldigungen gegen den Vertreter des Reichsverwertungsamtes Geheimen Rat Haack und gegen die Horchwerke in Zwickau. Er erklärte, daß die Horchwerke große Vermögensschiebungen und eine Betriebsverlegung nach Schweden beabsichtigten. Der Arbeiter- und Angestelltenausschuß habe Material übersandt und es dem Geheimen Rat Haack übergeben, der es aber nach der Angabe des Arbeiterausschusses an die Firma Horch weitergehen ließ und dafür 50 Flaschen Wein, Geld, sowie die Reparatur eines Autos usw. erhalten habe. Arbeitsminister Heldt ersuchte um Uebergabe des Materials. Was das Auto anlange, so handle es sich um einen Wagen des Reichsverwertungsamtes, den dieses wiederherstellen ließ und auch bezahlt habe.

Umgestaltung des Ministeriums Clemenceau.

Genf, 18. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Trotz der halbamtlichen Ablegnung erhält sich hartnäckig das Gerücht über eine Umgestaltung des Ministeriums Clemenceaus. Dabei würde Finanzminister Klotz zurücktreten und durch den bisherigen Wiederaufbauminister Loucheur ersetzt werden. Das Wiederaufbauministerium soll mit dem Ministerium für die befreiten Gebiete unter dessen gegenwärtigem Leiter Tardieu vereinigt werden.

Amerikanischer Kredit für Europa.

Genf, 18. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus Washington berichtet wird, hat der Senat im Gegensatz zu einer früheren Meldung beschlossen, den Vorschlägen zur Eröffnung eines großen Kredits für Europa zuzustimmen. Der Entwurf bedarf nur noch der Genehmigung Wilsons.

Mitte Januar Beratung des Betriebsrätegesetzes im Plenum.

Berlin, 17. Dezember. Der Aeltestenrat der Nationalversammlung einigte sich nach längerer Beratung über die Geschäftslage schließlich dahin, am 13. Januar 1920 wieder zusammenzutreten, um den Gesetzentwurf über die Betriebsräte in zweiter und dritter Lesung zu beraten, den man in drei bis vier Tagen zu verabschieden hofft. Nach erster Lesung kleinerer Steuergesetze wird dann auch mit Rücksicht auf den Parteitag des Zentrums eine Pause bis in die zweite oder dritte Februarwoche eintreten, bis der Haushaltsplan für 1919/20 vorgelegt ist. Die Ausschüsse werden ihre Arbeiten im Anschluß an die Januar-Tagung wieder aufnehmen. Ob am Donnerstag Schluß der Plenarverhandlungen sein wird, hängt noch von einer Abstimmung im Plenum ab, ob die Interpellation Heinze betreffend Steuerpolitik noch vor der Weihnachtspause zur Beratung gestellt werden soll.

Nach dem demokratischen Parteitag.

Wir halten es für richtig, nachstehend eine Stimme zu Wort kommen zu lassen, die sich kritisch über den Leipziger Parteitag äußert.

Der Leipziger Parteitag der Demokraten ist vorüber. Man kann nicht sagen, daß er restlos befriedigt hat, und es wäre falsch, wenn seine Kritiker aus Gründen der Parteidisziplin schweigen wollten. Gerade weil die demokratische Partei ein Sammellager der besten geistigen Kräfte des Bürgertums sein soll, das sie nicht vor geistigen Auseinandersetzungen zurückscheuen, die geeignet sein können, die Demokratie vorwärts zu treiben, ihre Gedankenwelt zu klären und das politische Interesse ihrer Anhänger andauernd wach zu halten.

Der Hauptpunkt der Leipziger Tagung war die Programmfrage. Hier ist der Parteiregie mindestens ein leiser Vorwurf daraus zu machen, daß sie den neuen Programmentwurf zu spät vorgelegt hat. Die Partei im Lande lernte ihn erst wenige Tage vor dem Parteitag kennen. Darf man sagen, daß das lebhafte Mißstimmung erweckt hat? Es sah so aus, als wollte man durch Verhinderung des rechtzeitigen Studiums und der rechtzeitigen Diskussion des Programms im Lande die schnelle Durchheitschung ermöglichen. Einem solchen Verdacht darf sich die Parteileitung nicht ein zweites Mal aussetzen. Gerade in grundsätzlichen Fragen ist es ihre Aufgabe, in weitestem Umfange ihre demokratische Vorbereitung zu ermöglichen.

Das große politische Referat des Parteitags war dem Reichsminister des Innern Dr. Koch anvertraut. Das war zweifellos ein Fehler. Er beschränkte sich nur auf die innere Politik, und auch hier waren ihm Grenzen gezogen, die in seiner amtlichen Stellung begründet waren. Er wäre als Redner in der Debatte zweifellos besser am Platze gewesen denn als Referent. Auch hier hat die Parteiregie versagt — zum mindesten hat sie verhindert, daß es zu einer freimütigen Aussprache über die innere Lage kam, über die sehr viel zu sagen wäre (gerade auch über das Ressort Dr. Kochs!). Auch über die Außenpolitik ging man stiefmütterlich hinweg. Die Bemerkung Gothein's, wir könnten jetzt gar keine Außenpolitik machen, ist Mumienweisheit. Es wäre traurig, wenn sich von ihr die Parteileitung zu sehr beeinflussen ließe. Auf diesem Gebiete fehlt es ihr durchaus an schöpferischer Führung.

Die Wirtschaftsfrage hat man im Stile des Kompromisses behandelt, anstatt gerade energisch herauszuarbeiten, daß Demokratie ein Prinzip ist, das seine Anwendung sowohl auf die Politik wie auf die Wirtschaft verlangt. Der Abgeordnete Nuschke hat ganz recht, wenn er in der „Berliner Volkszeitung" schreibt: „Der Parteitag scheute das klare Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie, und nur zögernd wurden die neuen Gedanken über eine Organisation unserer Wirtschaft angeschnitten. Immerhin ist hier im einzelnen manches Gute gesagt worden. Aber die einheitliche Marschlinie, in der jetzt klar weitergegangen werden könnte, fehlt doch auch hier."

Die Kulturfragen hat Unterstaatssekretär Trölitsch in einer glänzenden Rede behandelt. Schade, daß die reine Freude daran durch einige Rückfälle des Redners in die alte Zeit getrübt wurde. Trölitsch sprach sich teilweise für die Zensur aus. In einer freien Demokratie darf es keine Zensur mehr geben, die uns wieder an den bornierten Roistiik ängstlicher Bürokratenseelen fesselt. Die Zensur hat die öffentliche Meinung allein auszuüben, von der im Frühjahr Graf Bernsdorff bei der Gründung des demokratischen Klubs so richtig sagte, sie dürfe der einzige Souverän des freien Volkes sein. Aufgabe des Staates ist nur, die öffentliche Meinung urteilsreif zu machen. Das geschieht durch eine Organisation des Bildungswesens, die allen die Erziehung zu einem möglichst hohen Urteil ermöglicht. Und es geschieht ferner dadurch, daß man der Presse, die das Sprachrohr der öffentlichen Meinung ist, die besten Entwicklungsmöglichkeiten sichert. Ein demokratischer Staat, der — wie es jetzt bei uns geschehen soll — die wirtschaftlichen Lebensadern der Presse unterbindet, schlägt sich selber ins Gesicht. Daß im übrigen die Arbeit der Presse vollständig genügt, um die Zensur zu ersetzen, beweist doch der Umstand, daß sie nahe daran ist, auch mit dem Filmschund fertig zu werden. In Berlin sind die Väter der sogenannten Aufklärungsfilme schon heute künstlerisch geächtet, es wolle beinahe kein Hund ein Stück Brot mehr von ihnen nehmen und sie lassen es sich jetzt viel Schweiß kosten, sich künstlerisch zu rehabilitieren.

Es gab auf dem Parteitag in Leipzig zwei deutliche Strömungen: die alten Opportunisten, die Wahlstrategen, die politischen Kuhhändler auf der einen Seite, die das Erbe der alten Fortschrittspartei sind, und die wirklichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218023/fragment/page=0001

Demokraten, die im November 1918 die Partei als eine neue Form mit einem neuen Inhalt zu gründen trachteten. Zu ihnen gehören Männer wie Preuß, Gerland, Ruschke und Frankfurter. Sie gewinnen innerhalb der Parteimaschine gewiß an Boden. Es wird sich auch zeigen, daß sie die Geister sind, die Zukunft in sich haben. In Leipzig waren sie aber diesmal rhetorisch schlecht vertreten. Sie werden jetzt wissen, wo sie den Hebel anzusetzen haben.

Gegen den Dilettanten Erzberger.

Die bedeutsame Rede des demokratischen Führers Dr. Friedberg in der Preußischen Landesversammlung lassen wir nachstehend, nachdem wir bereits kurz darüber berichteten, ausführlicher folgen:

Der Abgeordnete Dr. Laufer hat gemeint, die Koalition müsse die Gewissensfragen jeder einzelnen Partei berücksichtigen. Bei der Schulfrage hand lt es sich aber nicht um eine Gewissensfrage. Es ist keine Gewissensfrage, ob der Geistliche gedorenes Mitglied der Schuldeputation ist oder nicht, denn die Schuldeputation hat nur über äußere Schulangelegenheiten zu entscheiden; über die Anstellung der Lehrer und ähnliche Fragen, die das Gewissen gar nicht berühren können, denn es handelt sich um Fragen des inneren Schulbetriebes. Herr Laufer hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Haenisch ein bei dem Zentrum unbeliebter Minister ist. Auch

wir haben über unbeliebte Zentrumsminister zu klagen.

Ich nenne in erster Linie den Herrn Erzberger. Seine Finanzwirtschaft erschüttert mir außerordentlich bedenklich und ich hielt sie einmal für politischen Dilettantismus. Dies Urteil ist viel zu milde.

Die Finanzpolitik des Reichsministers ist ganz ein Herostratentum. (Stürmische Zustimmung bei den Demokraten, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Diesen Vorwurf kann man gegen den Reichsfinanzminister erheben angesichts der Reichsnotopfer. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme für mich in Anspruch, als anständiger und ehrlicher Mensch zu gelten, trotzdem ich individualistischer Ueberzeugung bin. Wenn ich mich

gegen das Reichsnotopfer

wende, so geschieht das nicht aus egoistischen Interessen, sondern unter Wahrnehmung der Interessen des ganzen Volkes. Es ist ein Widersinn, eine solche Steuer gerade in einem Augenblick aufzuerlegen, wo überall im Wirtschaftsleben der Mangel an Betriebskapital so überaus deutlich ist. Alle Aktiengesellschaften vermehren ihre Betriebskapital, und da kommt der Reichsfinanzminister mit einer derartigen Blutentziehungskur. Das ist

Mangel an wirtschaftlichem Empfinden,

den ein Mann in der verantwortlichen Stellung des Herrn Erzberger nicht haben darf. Ich komme auf die Einwendungen des Herrn Erzberger, daß die Entente sich keinen Eingriff gegen das Reichsnotopfer erlauben würde. Er hat uns ein juristisches Gutachten des Reichsjustizministeriums vorgehalten. Ich sehe ganz davon ab, daß gegen Gewalt auch die besten juristischen Gründe nichts nützen.

Ist das Gutachten von dem Reichsfinanzminister aber richtig wiedergegeben?

(Große Bewegung.) Wir kennen das Gutachten zu wenig. Ich habe darüber gehört, daß dieses Gutachten außerordentlich ungünstig für den Reichsfinanzminister ausgefallen ist. (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe, anhaltende Bewegung auch bei den folgenden Ausführungen des Redners.) Ich habe gehört, daß es so ungünstig ausgefallen ist, daß es

der Reichsfinanzminister einer Korrektur unterzogen

hat. Namentlich den Anfang und den Schluß des Gutachtens hat er geändert und nur die Stellen darin berücksichtigt, die für seine Auffassung günstig sind. Hört, Hört-Rufe.) Ich habe ferner gehört, daß ein erstes Gutachten des Reichsjustizministeriums so ungünstig gewesen ist, daß das Reichsfinanzministerium es vollständig umgeworfen hat. (Anhaltende Bewegung.) Ich weiß nicht, ob alle diese Behauptungen richtig sind. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, sie hier wiederzugeben, um eine Aufklärung zu erzwingen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichsfinanzminister hat insofern Glück gehabt, daß Herr Hugenberg ein politischer Säugling mit so unüberlegten Angriffen gegen ihn kam und dadurch für eine Ablenkung sorgte. (Lebhafte Zustimmung.)

Augenblicklich sehen wir in unserem Lande

eine Verschwendungssucht,

die einen widerwärtigen Eindruck macht. Es handelt sich hierbei um jüngere Leute, von denen man annehmen sollte, daß sie überhaupt nichts weiter zu tun haben, als sich zu amüsieren. (Lebhafte Zustimmung.) Gegen diese Personen erscheint mir

irgendeine Form des Arbeitszwanges

dringend erwünscht. (Stürmische allseitige Zustimmung.) Wodurch ist diese Verschwendungssucht geschehen worden? Durch die Art der steuerlichen Gesetzgebung des Herrn Erzberger. Die Leute sagen sich: „Was hilfts, daß wir sparen? Herr Erzberger nimmt uns doch wieder alles weg!" (Lebhafte Zustimmung.) Auch solche psychologische Momente muß der Reichsfinanzminister in der neuen Zeit berücksichtigen. Der

Reichsfinanzminister hat mit der Sparprämienanleihe eine Niederlage erlitten,

die so eklatant ist, daß sie jeden anderen Politiker an seiner Stelle veranlassen würde, sich in das Dunkel des Privatlebens zurückzuziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Ministerpräsident hatte gestern unrecht, wenn er glaubt, daß das Großkapital sich aus egoistischen Gründen zurückgehalten hätte. Das Ergebnis der Sparprämienanleihe ist einfach die

Quittung für die schlechte Finanzpolitik.

(Lebhafte Zustimmung. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bei seiner Stellungnahme gegen das alte Preußen ist Herr Erzberger ebenfalls über das Maß dessen hinausgegangen, das sich ein Staatsbeamter erlauben kann. Seine Bekenntnisse über das alte Preußen sind ungeheuer töricht und schlagen den Tatsachen ins Gesicht. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Demokraten.) Er hat dadurch bewiesen, daß er nicht die staatsmännische Erfahrung hat, die für einen solchen Posten eigentliche Voraussetzung ist. Dem preußischen Ministerpräsidenten danken wir, daß er diesen Angriffen des Herrn Erzberger entgegengetreten ist.

Der Redner wendet sich dann mit großer Gründlichkeit gegen die Deutschnationalen.

Der 10%ige Lohnabzug für Steuern.

Im Steuerausschuß der Nationalversammlung begründete in der Dienstagssitzung Reichsfinanzminister Erzberger die Bestimmung in § 44 des Entwurfs, wonach der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung 10 Prozent des baren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben hat. Durch diese Bestimmungen werde das Reich alsbald in den Besitz von Mitteln gelangen und nicht mehr so stark auf den Schatzanweisungskredit angewiesen sein. Ein deutschnationaler Abgeordneter hielt die Durchführung dieses Paragraphen für außerordentlich schwierig und meinte, daß eine neue Lohnbewegung die Folge sein würde. Reichsfinanzminister Erzberger erwiderte, daß die Lohnbewegung ohnehin noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Der Paragraph wird schließlich mit folgendem Zusatz genehmigt: „Uebernahme der Steuer durch den Arbeitgeber ohne Verrechnung auf den Lohn ist unzulässig. Entgegenstehende Abmachungen sind nichtig."

Die neue Einkommensteuer.

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung lehnte am Mittwoch den Paragraphen 56 der Reichseinkommensteuer in der Form der Regierungsvorlage ab, nahm aber einen demokratischen Antrag an, wonach Paragraph 56 folgende Fassung erhält:

„Die erstmalige Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes erfolgt für das Rechnungsjahr 1920 nach dem Jahreseinkommen, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1920 oder in dem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsbetriebsjahr bezogen hat, dessen Ende in dieses Kalenderjahr fällt. Die Veranlagung erfolgt nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Die Vorschriften des Paragraphen 29 werden hierdurch nicht berührt.

Bis zur ersten Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes ist vorläufig die Einkommensteuer zu entrichten die sich nach den Vorschriften der Paragraphen 18—27 für das bei der letzten Veranlagung festgestellte Einkommen berechnet.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, von der Erteilung eines vorläufigen Steuerbescheides an diejenigen Steuerpflichtigen Abstand zu nehmen, deren Einkommen zur Hauptsache aus der Arbeit im Sinne des Paragraphen 9, Ziffer 1 und 8 besteht. Macht der Steuerpflichtige glaubhaft, daß gegenüber dem hiernach zugrunde liegenden Einkommen sein steuerbares Einkommen sich im Jahre 1920 voraussichtlich um mehr als den fünften Teil vermindert, so hat das Finanzamt die Steuern dem mutmaßlichen Einkommen entsprechend zu ermäßigen."

Brot- und Kartoffelpreise.

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Sitzung ab. Es wurde Bericht erstattet über den Entwurf einer Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln. Danach betrug die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen, im laufenden Jahre erst 1 100 000 Tonnen. Die Ursachen für den Rückgang sind in der verspäteten Ernte wie in der Verkehrsmittelnot zu sehen. Die Kosten für die Ablieferungsprämien betragen schätzungsweise eine Milliarde, die durch Erhöhung des Mehlpreises eingebracht werden soll. Der Mehlpreis wird daher um 46,50 Mk. für den Doppelzentner erhöht werden, so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 2350 Gramm auf 2,45 Mark steigen wird. Die Deckung der Kosten für die Ablieferungsprämien für Kartoffeln soll ebenfalls der Verbraucher tragen, und zwar soll der Preis für den Zentner um 2,50 Mark erhöht werden. Der Reichsrat stimmte den Beschlüssen des Ausschusses zu. Nach dem Bericht des zweiten Ausschusses über den Entwurf einer Verordnung über Kleie aus Getreide soll an der öffentlichen Bewirtschaftung der Kleie festgehalten werden. Endlich genehmigte der Reichsrat den Bericht des siebenten Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes gegen das Glücksspiel.

Noch keine Einigung zwischen Sowjet-Rußland und den Ostseestaaten

Rotterdam, 17. Dezember. Chnefsi erklärte in Beantwortung einer Anfrage Denworths, daß die Konferenz zwischen der Sowjetregierung und den Regierungen der Ostseestaaten bisher zu keiner Entscheidung geführt hat. Die Alliierten haben den Ostseestaaten für diese Verhandlungen vollständige Aktionsfreiheit eingeräumt.

Zehn Millionen verpulvert!

Skandale bei der Sparprämienanleihe. Erzbergers Finanzwirtschaft.

Der „Vorwärts" hat am Mittwoch-Morgen eine Enthüllung über die Art der Propaganda bei der Sparprämienanleihe gebracht, worin er mitteilt, daß die Propaganda über 10 Millionen Mk. gekostet habe, und worin er eine Untersuchung fordert, um festzustellen, wieso diese Riesensummen entstanden sind. Wie bei der Sparprämienanleihe-Propaganda gewirtschaft worden ist, geht auch aus weiteren Mitteilungen hervor, die die „Tägl. Rundschau" von einem Herrn Hermann Neckendorf erhält, der die Leitung eines Unterausschusses bei der Propaganda zur Sparprämienanleihe innehatte. Wie R. mitteilt, sei bei den Aufträgen und bei der ganzen Art der Propaganda gar nicht etwa mäßig gewirtschaftet worden. Die Höhe des Etats wurde ihm mündlich mit etwa 5 Mill. Mark angegeben. Seine Erhebungen über die bereits gemachten Ausgaben führten aber zu dem Ergebnis, daß von dieser Summe bereits 4 Millionen Mark „verarbeitet" worden waren. Wie er weiter mitteilt, seien alle Maßnahmen, die er eingeleitet oder einzuleiten versucht habe, von verantwortlicher Stelle regelmäßig und planmäßig durchkreuzt worden. Es sei ihm nicht einmal möglich gewesen, zu erreichen, daß sämtliche Aufträge ihm zur etatsmäßigen Verbuchung übergeben wurden. Interessant ist auch seine Feststellung, daß der Vertrieb der Merkblätter durch die Postanstalten, der ursprünglich Mitte November erfolgen sollte, so verspätet einsetzte, daß z. B. in Großberlin bis heute noch nichts geschehen sei, so daß befürchtet werden müsse, daß infolge dieser Verzögerung die ganze Auflage bis nach Ablauf der Zeichnungsfrist liegen bleiben und infolgedessen eingestampft werden müsse. Abgesehen von den riesigen Unkosten müsse dies von der Presse als eine schwerwiegende Papiervergeudung verurteilt werden.

Was sagt Herr Erzberger zu diesen Zuständen in seinem „Reich"?

Minister Loucheur über den Stand der Verhandlungen.

Paris, 17. Dezember. Minister Loucheur erklärte laut „Temps" heute im Finanzrat, die gestrige Antwort der deutschen Kommission lasse darauf schließen, daß die deutschen Sachverständigen andere Angebote, die man hätte erwarten können, nicht machen wolle. Die deutsche Regierung scheine nur die Hälfte des verlangten Hafenmaterials liefern zu wollen, doch herrsche der Eindruck, daß die Unterredung auf gutem Wege sei und in kurzem zu einem Einverständnis führen würde. Heute vormittag hat unter Vorsitz des italienischen Admirals Grassi eine Sitzung der Alliierten und der deutschen Marinevertreter stattgefunden und heute nachmittag sind die beiden Kommissionen mit der Wiedergutmachungskommission zu einer Vollsitzung zusammengetreten. Laut „Temps" wären jetzt nur noch die Maßnahmen zur Uebernahme der Verwaltung in den Gebieten zu beraten, die besetzt werden müssen, sowie andere Einzelheiten für die Ausführung des Friedensvertrages. Man nehme an, daß diese Vereinbarung rasch erfolgen könnte, so daß dann nichts mehr den Austausch der Ratifikationsurkunden im Wege stehe.

Clemenceau verbietet Abtrennungen von Oesterreich.

Wien, 17. Dezember. Heute vormittag erschien beim Staatskanzler Dr. Renner ein Beamter des Obersten Rates, um ihm eine von Clemenceau unterzeichnete Note zu überreichen. In der Note heißt es u. a.:

Die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte wurde auf gewisse Agitationen gelenkt, die von verschiedenen Seiten den Zusammenhalt und sogar die Integrität der österreichischen Gebiete bedrohen. Die vom Vorarlberger Landtage bei der Wiener Regierung unternommenen Schritte, um die Selbstbestimmungsrechte dieser Provinz anerkennen zu lassen, fallen mit jenen Bewegungen zusammen, die sich dahin richten, sei es dem Bezirk von Salzburg, sei es Tirol, in den Wirtschaftskreis benachbarter Staaten einzubeziehen. Demgegenüber hat der Oberste Rat heute folgende Entschließung angenommen:

„Von dem Wunsche geleitet, den Bestand Oesterreichs in den Grenzen sicherzustellen, die ihm angewiesen worden sind, und entschlossen, die Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain zur Geltung zu bringen, erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen, die geeignet sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen oder die im Gegensatz zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrages in irgend einer Weise, sei es unmittelbar oder mittelbar, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs beeinträchtigen müßten. gez. Clemenceau."

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. Dezember 1919.

Zur Frage der Wirtschaftsbeihilfe

gehen uns aus den Kreisen der Angestelltenorganisationen folgende Darlegungen zu:

„Die Angestellten hatten in der Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß ihre ursprüngliche Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe auf nahezu die Hälfte ermäßigt. Sofort bei Beginn der Einigungsverhandlungen machten die Arbeitgeber die Bekanntgabe ihrer Gegenvorschläge erneut von weiteren Zugeständnissen der Angestellten abhängig. Auf eine dahingehende Erklärung der Arbeitgeber gaben die Angestellten ihrerseits folgende Gegenerklärung ab:

„Gegenüber der Erklärung der Arbeitgeber stellen die Angestellten fest:

1. daß die Arbeitgeber die Bestimmungen des Schlichtungsausschusses nicht erfüllten, weil sie den Beratungsgegenstand nicht soweit förderten, daß eine Einigung möglich war;
2. daß die Arbeitgeber trotz wiederholtem Ersuchen keine Gegenvorschläge machten;
3. daß die Arbeitgeber ihre Gegenvorschläge nur unter der Bedingung machen wollten, daß die Angestellten sich von vornherein zu weiteren Zugeständnissen verpflichteten.

Ferner wird festgestellt, daß die Arbeitgeber eingangs der Verhandlungen es ablehnten, sich dem eventuell am Freitag, den 19. Dezember vom Schlichtungsausschuß zu fällenden Schiedsspruch von vornherein zu unterwerfen.

Die Angestellten müssen gegen die von Arbeitgeberseite gefühlte Verhandlungsweise Verwahrung einlegen. Sie sehen nach der Erklärung der Arbeitgeber keine Möglichkeit, die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen.

Auf Grund ihrer Einblicke in die Geschäftsbetriebe erklären die Angestellten einmütig, daß ihre bereits bedeutend ermäßigten und durchaus berechtigten Forderungen in allen Fällen von den Arbeitgebern getragen werden können, ohne die Käufer mit neuen Preisaufschlägen zu belasten.

Die Angestellten stellen noch einmal nachdrücklich fest, daß sie sich grundsätzlich zur Verhandlungen bereit erklärten, sie müssen die Verantwortung für sie sich ergebenden Weiterungen den Arbeitgebern überlassen."

Daraufhin verstanden sich die Arbeitgeber endlich dazu, ihre Gegenvorschläge getrennt nach einzelnen Berufsgruppen bekanntzugeben.

Die Angestellten hatten von den Arbeitgebern bestimmt erwartet, daß diese mit einem Gegenangebot herauskommen würden, das den Vorschlägen der Angestellten wenigstens annähernd Rechnung tragen würde. Um so größer war die Enttäuschung der Angestellten, als die Arbeitgeber vollständig ungenügende Gegenangebote machten. Erreichten doch die angebotenen Sätze kaum die Hälfte der bereits weitestgehend ermäßigten Forderungen der Angestellten. So wollten z. B. vom Einzelhandel für Ledige 10 Prozent und für Verheiratete 15 Prozent Zuschlag auf die Tarifgehälter angeboten. Durch die Anrechnung der bereits gewährten Teuerungszulagen von 10 Prozent würden infolgedessen einzelne Angestelltengruppen vollständig leer ausgehen. Die Vertreter der Angestellten nahmen das Angebot der Arbeitgeber als vollkommen unzureichend bezeichnen! Um jedoch ihren ernsten Willen zur Einigung zu bekunden, machten sie das weitere Zugeständnis, bei den Gehältern über 600 Mark ihre Forderung um 5 Prozent zu ermäßigen. Daraufhin bezeichneten die Arbeitgeber ihrerseits die Fortführung der Verhandlungen als aussichtslos

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218023/fragment/page=0002